

Eckpunkte für ein – gerechtes und – nachhaltiges Steuer- und Abgabensystem

Alfred Eibl
24. Okt. 2016

Grundsätze:

- Die gegenwärtige neoliberale Globalisierung mit ihrem Raubbau an Mensch und Natur und steigender Ungleichheit ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos
- Sie ist über die letzten 30 Jahre hinweg von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalen Organisation so gestaltet worden
- Steuerpolitik und Steuerwettbewerb spielten dabei eine entscheidende Rolle
- Attac kämpft seit Gründung für eine Wende in der Steuerpolitik, um die jetzige ungerechte Lastenverteilung zu beseitigen

Ungerechte Vermögensverteilung

- Ungerechte Vermögensverteilung wird zunehmend als Problem erkannt
 - › In wirtschaftswissenschaftlichen Studien (OECD 2015, In It Together: Why Less Inequality Benefits All)
 - › Von der Politik bei Sonntagsreden (S. Gabriel: Für eine internationale Teilhabegesellschaft, HB 19.8.2016)
 - › Von Teilen der Finanzelite (Johannes Huth, Europachef KKR, SZ 13.10.2016)
- Bisher hat dies zu keinen Konsequenzen in der Tagespolitik geführt
- Wir fordern: **Lastenausgleich 2.0:**
Grundlegende Korrekturen bei der Steuer- und Abgabepolitik

Inhalt

- Wo wird verteilt?
- Wie sind wir zur aktuellen Situation gekommen?
 - › Neoliberale Wende
 - › Globaler Steuerentlastungswettbewerb zu Gunsten von Unternehmen und Gewinneinkommen
- Steuerpolitik konkret: Zahlen & Fakten
 - › Steuerreformen
 - › Beispiele
 - › Einkommen und Vermögen
- Sekundäre Einkommensverteilung
 - › Steuersätze
- Eckpunkte für ein alternatives Steuer- und Abgabensystem

Primäre Einkommensverteilung

- Bezeichnet die unmittelbar durch den Marktprozess entstehende Verteilung des Einkommens der Produktionsfaktoren
 - › Arbeit: Lohneinkommen
 - › Boden/Immobilien: Rente, Pacht, Miete
 - › Kapital: Zinsen, Dividenden
 - › Unternehmerleistung: Profit, Gewinn
- Diese Verteilung erfolgt nach ökonomischen Funktionen der Produktionsfaktoren über Märkte
- Die Primärverteilung hängt von der Verteilung der Einkommen auf die Produktionsfaktoren als auch von der Verteilung der Produktionsfaktoren auf die Personen ab.
- Im neoliberalen Idealmodell greift der Staat in die Verteilung nicht ein
 - er setzt aber die Spielregeln fest (z.B. Streikrecht)

Sekundäre Einkommensverteilung

- Verwendung von Finanzmitteln für
 - › Transferzahlungen an die Haushalte
 - Sozialversicherung
 - Sozialhilfe
 - Sparförderung
 - › "Sozial" gestaltetes öffentliches Güterangebot
 - › Subventionen zur Wirtschaftsförderung
- **Voraussetzung:**
Bereitstellung von Finanzmitteln durch Abzüge vom Primäreinkommen über
 - › Steuern
 - › Abgaben und (Sozialversicherungs-)Beiträge

Aufstieg des Neoliberalismus

- Ende der 70er-Jahre: Stagflation
- Antwort in den USA und Großbritannien: Neoliberalismus
- Protagonisten: Reaganomics und Thatcherismus
- Ideologische Basis:
 - › Monetarismus (Chicago School, Milton Friedman)
 - › Angebotspolitik
 - › Laffer-Kurve
- In Deutschland unter Kohl nur moderate Anpassungen
- Ende der 90er: New Labour
 - › Protagonisten: Tony Blair und Gerhard Schröder (Kanzler der Bosse)
 - › England: Finanzkapitalismus
 - › Deutschland: Nachholende Angebotspolitik

Internationaler Steuerwettbewerb

- Steuerwettbewerb der Staaten um Finanzanlagen / Direktinvestitionen führte zur Aushöhlung der Steuerautonomie
 - › Nicht „de jure“
 - › Jedoch „de facto“
- Verlagerung der Steuerlast in allen entwickelten Staaten
 - › Reduzierung der Spitzensteuersätze
 - › Entlastung der Kapitaleinkommen
 - › Erhöhung bei den „nichtflüchtigen“ Elementen Arbeit und Konsum (indirekte Steuern)

Steuerhinterziehung

- Anzahl der Selbstanzeigen zeigt, dass ein erheblicher Teil der deutschen (Einkommens-) Elite den Staat sabotiert
- Unterstützt wird sie dabei von den Banken (auch den staatlichen, wie z.B. Landesbanken)
- Stand 10.2016:
 - › Seit 2010 über 120.000 Selbstanzeigen bundesweit
 - › NRW: 1,6 Mrd. Euro Einnahmen von Hinterziehern
0,7 Mrd. Euro Bußgelder von deutschen und schweizer Banken
 - › Bundesweit: Ca. 6 Mrd. Euro Mehreinnahmen

Quelle: <https://www.finanzverwaltung.nrw.de/de/steuer-cds-nutzen-und-kosten-im-ueberblick>

Nationale Steuerpolitik ist möglich

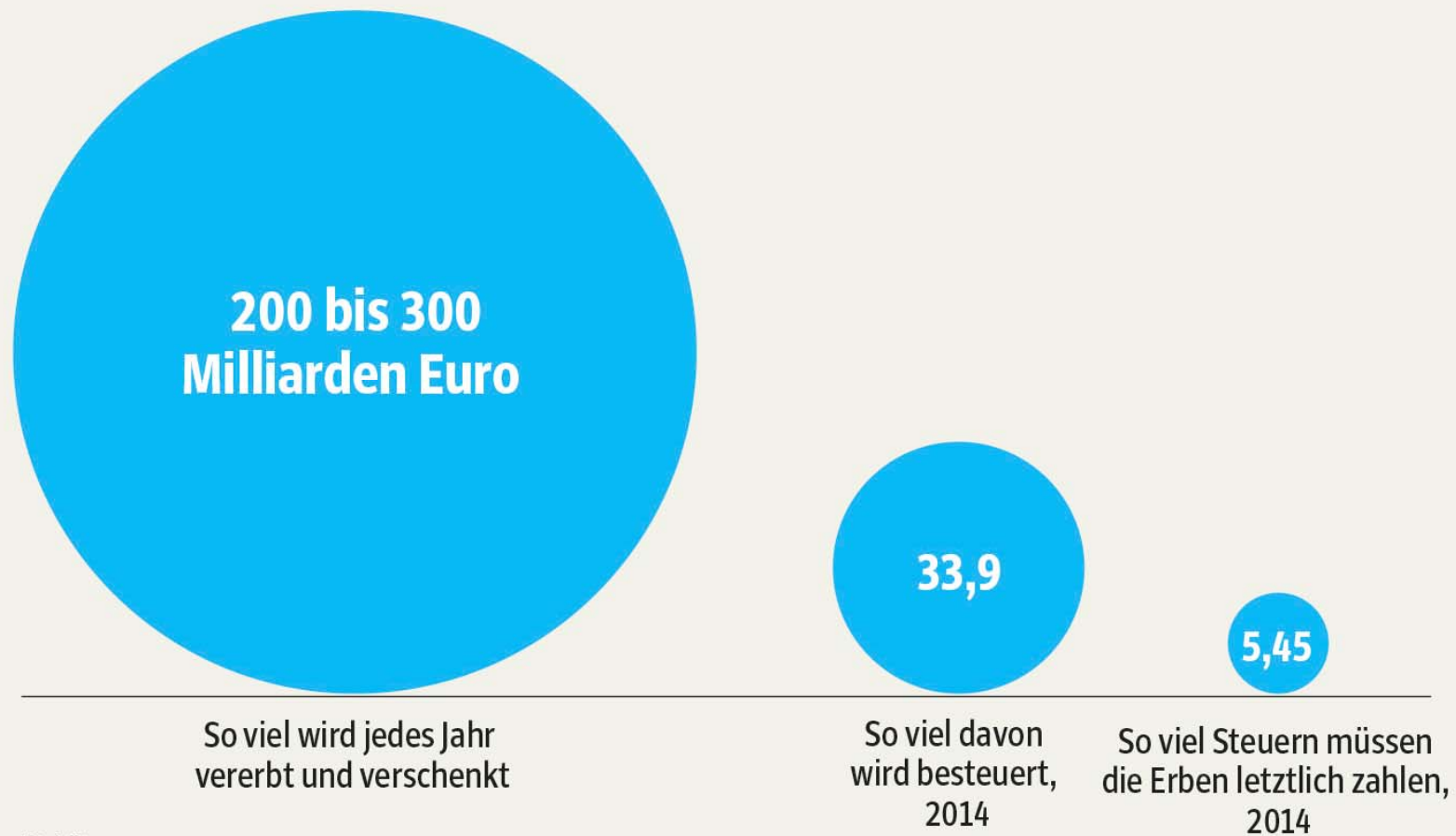
- Trotz Steuerwettbewerb
- Spielräume für nationale Steuergestaltung
 - › wäre möglich
 - › werden aber nicht genutzt
- Beispiele:
 - › Großes Volumen: Erbschaftsteuer
 - › Kleines Volumen: Kindergeld - Kinderfreibetrag

Erbschaft-Steuersätze seit 2010

Vermögen bis	Klasse I	Klasse II	Klasse III
75.000 €	7%	15%	30%
300.000 €	11%	20%	30%
600.000 €	15%	25%	30%
6 Mio. €	19%	30%	30%
13 Mio. €	23%	35%	50%
26 Mio. €	27%	40%	50%
über 26 Mio. €	30%	43%	50%

Erbschaftsteuer: Realität weit weg vom Gesetz

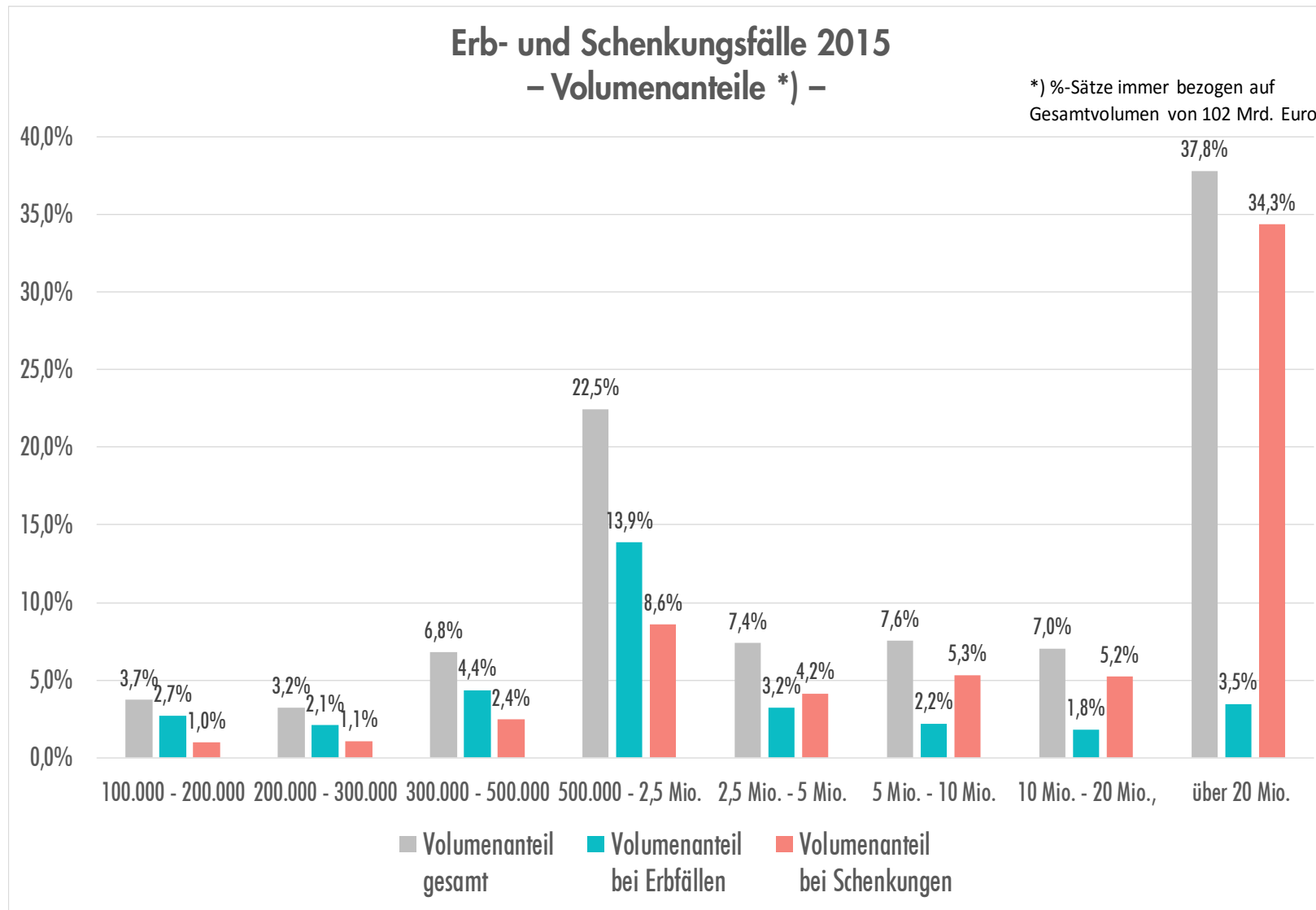
Der Fiskus und die Vermögen in Deutschland



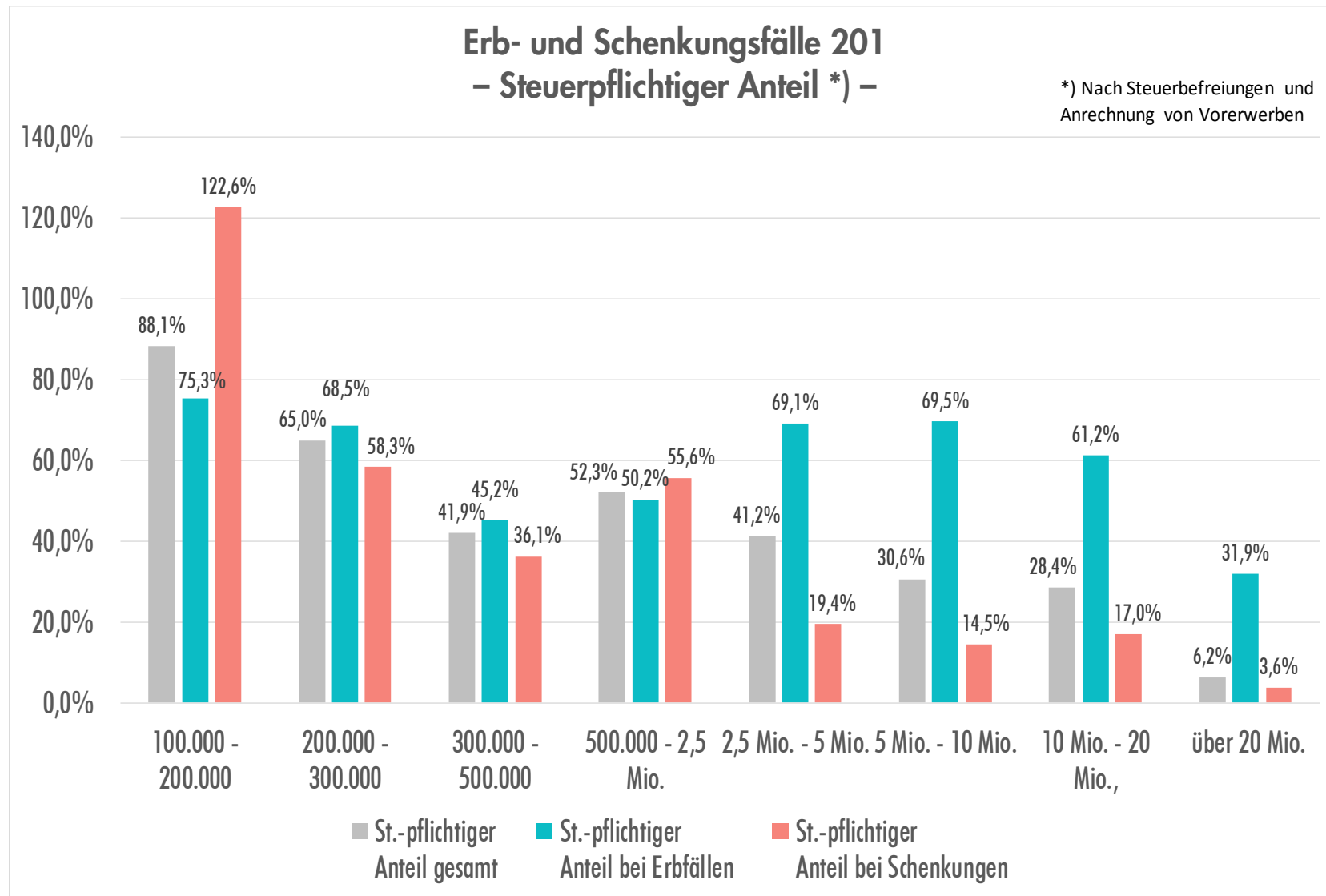
*Schätzung

SZ-Grafik; Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW

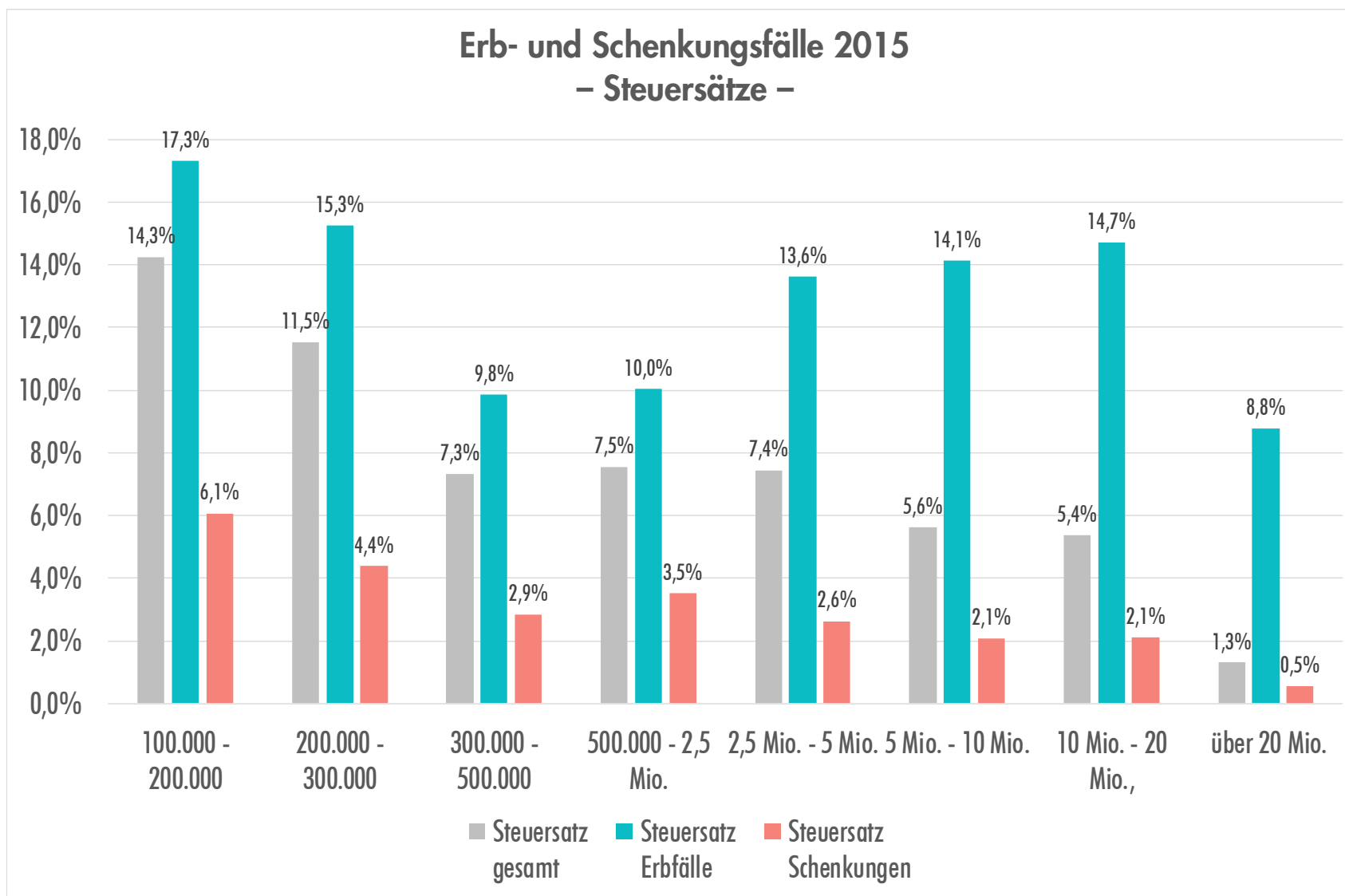
Erbschaftsteuer: Verteilung der Erbschaften



Erbschaftsteuer: Steuerpflichtig nur Teile



Erbschaftsteuer: Je mehr – umso weniger



Beispiel 2: Erhöhung Kindergeld und Kinderfreibetrag 2017



- Politik: Wir tun was für Kinder
 - › Erhöhung Kindergeld: 2 €/Monat = 24 € im Jahr
 - › Erhöhung Steuerfreibetrag: 108 €
 - › Erhöhung Steuerfreibetrag konkret:
108 € bei Spitzensteuersatz von 42%: 45 € netto im Jahr

- Folge:
 - › Jedes Kind bekommt 24 € mehr
 - › Kinder von Gutverdienenden aber bekommen 45 € mehr

- Erkenntnis:
Gesellschaftspolitik wird mit Steuern gemacht!

Umverteilung über Steuerpolitik

Steuerminder- und -mehreinnahmen im Entstehungsjahr durch Steueränderungen bei Einkommensteuer und Unternehmensbesteuerung 1999 bis 2011

Gesetz	Steuermindereinnahmen Mio. €	Steuermehreinnahmen Mio. €	Per Saldo Entstehungsjahr Mio. €
Koalition SPD und Bündnis 90/Die Grünen von Ende 1998 bis Oktober 2005	-110.788	+50.468	-60.320
Koalition von CDU/CSU und SPD von Oktober 2005 bis Oktober 2009	-64.804	+42.147	-22.657
Koalition von CDU/CSU und FDP ab Oktober 2009	-8.677	-	-8.677
Gesamt	-184.269	+92.615	-91.654

Quelle: Bundesministerium der Finanzen 2011, WIFO-Zusammenstellung und -Berechnungen.

Auswirkung der Steuerreformen 1999-2012

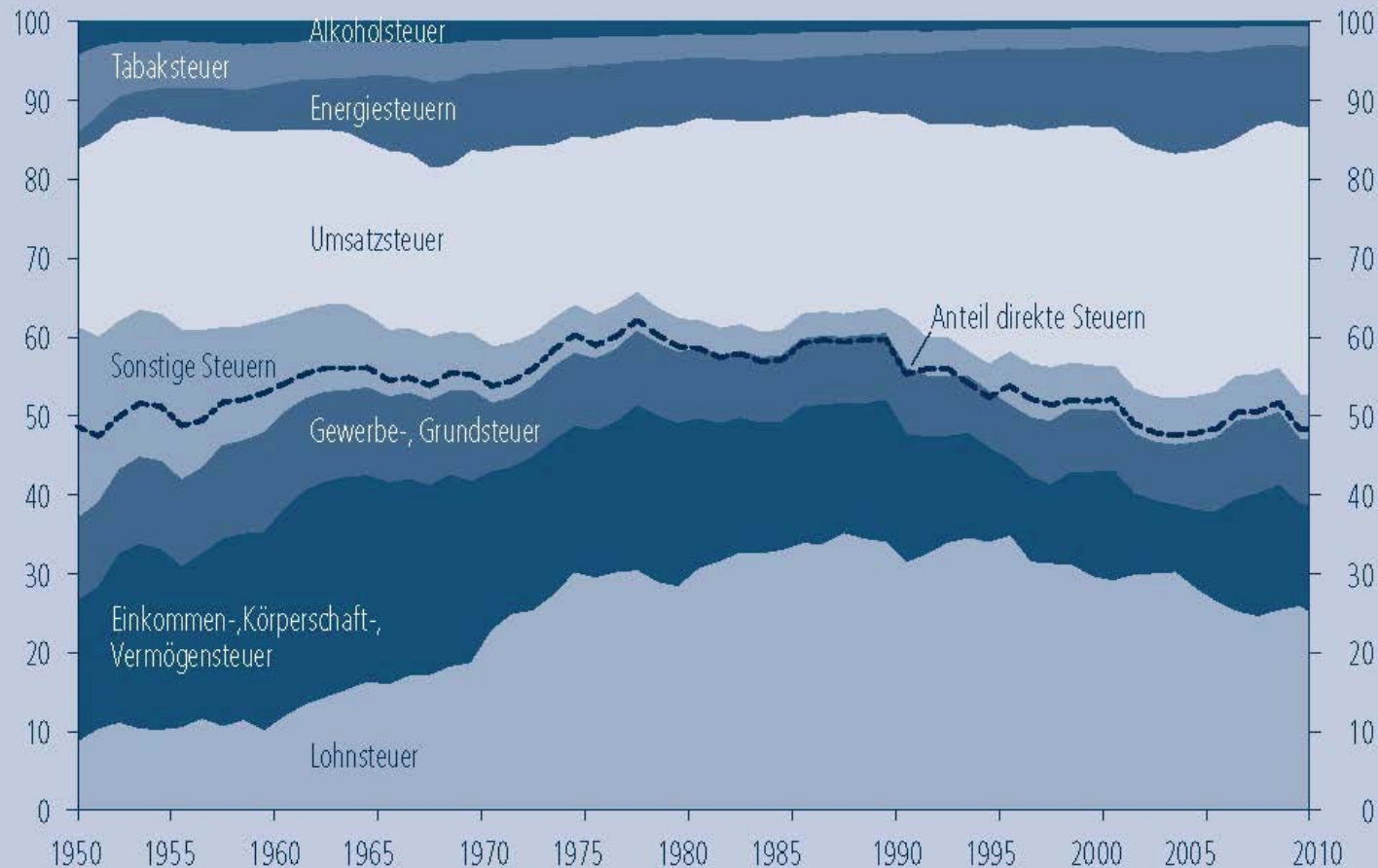
Angaben in Mrd. €

Steuerart	Steuermehr- /mindereinnahmen
Einkommen- und Unternehmenssteuer (Körperschaft- und Gewerbesteuer)	- 91,7
Verbrauchssteuern (brutto)	+ 40,7
Verwendung der Verbrauchssteuermehreinnahmen zur Senkung/Stabilisierung der Sozialversicherungs-Beiträge	-20,4
Reduzierung Staatseinkünfte	-71,4
Jährliche Umverteilungswirkung	112,0

Schatzenstaller, WISO Diskurs, Januar 2013

Veränderung Steueraufkommen Deutschland

Struktur des Steueraufkommens Deutschland 1950 bis 2010, Anteile in %



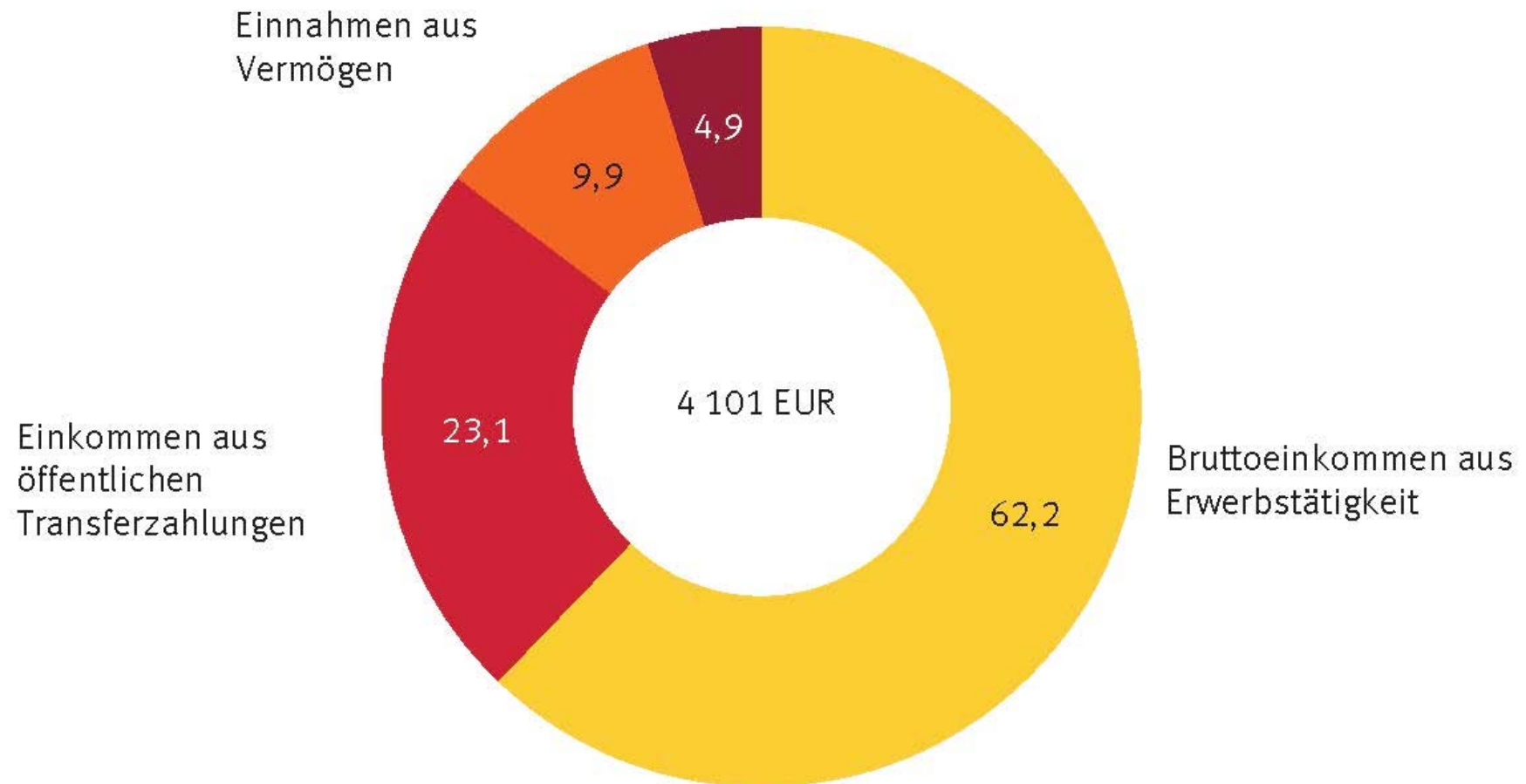
Quelle: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Können wir uns den Sozialstaat noch leisten?

- Wer hat wieviel Einkommen?
- Wie vermögend ist diese Gesellschaft?
- Wie hoch ist die Belastung?

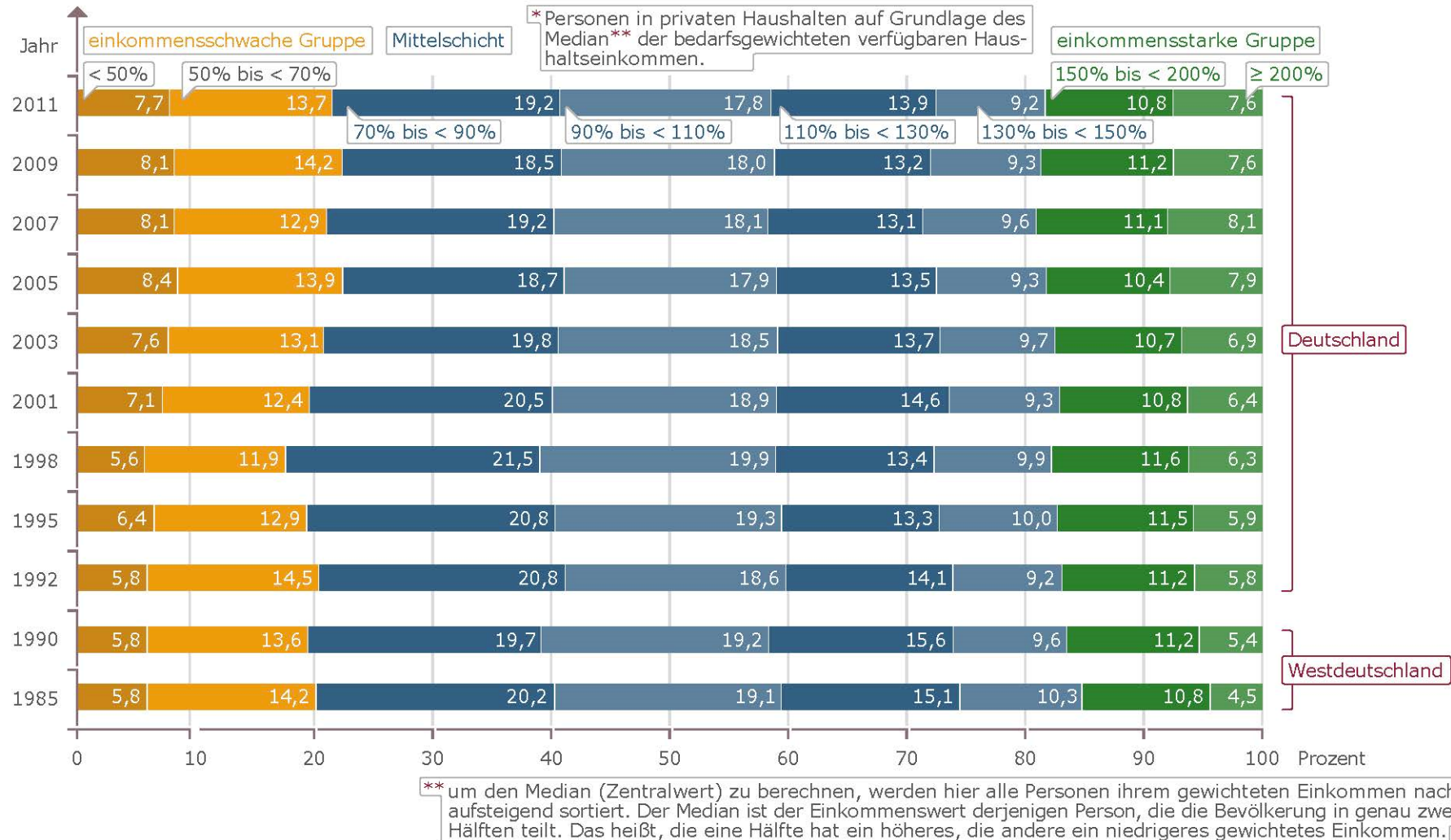
Haushaltsbruttoeinkommen privater Haushalte 2014

Einkommen aus nichtöffentlichen
Transferzahlungen und Untervermietung



Verteilung des Einkommens

Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Einkommensgruppen in Prozent, 1985 bis 2011*



Vermögensbilanz: Deutsche Volkswirtschaft

Angaben in Mrd. € (DiStatis Vermögensbilanzen Nov. 2015)

Vermögensart	2000	2014	Diff.
– Anlagegüter	6.783	9.499	40 %
– Grund & Boden	2.433	3.529	45 %
– Forderungen gegenüber Ausland	3.260	7.569	132 %
Aktiva	12.476	20.597	65 %
– Verbindlichkeiten gegenüber Ausland	3.321	6.466	95 %
– Volksvermögen	9.155	14.131	54 %
Passiva	12.476	20.597	65 %

Vermögensbilanz: Private Haushalte

Angaben in Mrd. € (DiStatis Vermögensbilanzen Nov. 2015)

Vermögensart	2000	2014	Diff.	2016Q2 (BB 09/2016)
– Anlagegüter, Grund & Boden	4.727	7.049	49 %	
– Bargeld & Geldeinlagen	1.235	2.056	66 %	2.128,4
– Wertpapiere	1.222	1.215	- 0,5 %	1.162,0
– Ansprüche aus Altersvorsorge	1.056	1.969	86 %	2.077,1
Aktiva	8.240	12.289	49 %	
– Kredite *)	1.515	1.601	6 %	1.645,4
– Reinvermögen	6.725	10.688	59 %	
Passiva	8.240	12.289	49 %	

Vermögen je Einwohner bei 81 Mill. Einwohnern: 132.000 €

*) davon ca. 1,1 Bill. € (~70%) Wohnbaukredite

Vermögensverteilung Deutschland

Gruppe	Anteil an der Bevölkerung	Anzahl Personen	Anteil am Gesamtvermögen	Vermögen der Gruppe	Vermögen je Person	Minimum je Person
Besitzlose	50%	40 Mio.	1 %	0,1 Bio. €*	2.500 €	0 €
Mittelschicht	40%	32 Mio.	32 %	3,2 Bio. €	110 T €	20 T €
Wohlhabende	9%	7 Mio.	33 %	3,3 Bio. €	500 T €	200 T €
Reiche (HNWI **)	0,9%	900 T.	15 %	1,5 Bio. €	2 Mio. €	0,9 Mio. €
Multimill.	0,09%	90 T.	8 %	0,8 Bio. €	10 Mio. €	3,5 Mio. €
UHNWI ***	0,009%	9 T.	5 %	0,5 Bio. €	60 Mio. €	20 Mio. €
XUHNMI ****	0,0009%	900	3 %	0,3 Bio. €	350 Mio. €	120 Mio. €
Milliardäre	0,0001%	100	3,5 %	0,4 Bio. €	4 Mrd. €	1 Mrd. €
Gesamt	100%	80 Mio.	100 %	10 Bio. €	125 T €	0 €

*) Das Vermögen und die Schulden innerhalb dieser Gruppen heben sich fast auf.

**) HNWI – High Net Worth Individuals (nach Credit Suisse)

***) UHNWI – Ultra High Net Worth Individuals (nach Credit Suisse)

****) XUHNWI – Extra Ultra HNWI (eigen Wortschöpfung – KMH)

(erstellt von K.M. Hentschel, interpoliert und grob gerundet nach Zahlen der Deutschen Bundesbank, der SOEP, des DWI, Cap Gemini, Credit Suisse)

Vermögensdaten: Grundlegende Probleme

- Daten beruhen vielfach auf Befragungen – Topverdiener und Topvermögen sind darin nicht enthalten
- Rentenanwartschaften aus der Sozialversicherung werden als Vermögenskomponente nicht berücksichtigt, obwohl daraus eine große Mehrheit den Hauptteil seiner Alterseinkünfte bezieht
- Immobilien werden bei der VGR zum Wiederbeschaffungspreis kalkuliert, der aber mit den aktuellen Marktpreisen nicht übereinstimmt

„So exakt die Bundesstatistik über die Höhe der Weinmosternte und die Zahl der Honigbienen Auskunft gibt, so wenig leistungsfähig zeigt sie sich im politisch sensiblen Bereich der gesellschaftlichen Distribution.

Vor allem auf dem Gebiet der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung fehlt es immer noch an repräsentativen und zuverlässigen primärstatistischen Erhebungen, weil den statistischen Ämtern dazu die entsprechenden Ermächtigungen durch den Gesetzgeber verweigert werden.“

Werner Abelshauer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte – Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011

Steuern für hohe Einkünfte: An Möglichkeiten fehlt es nicht!

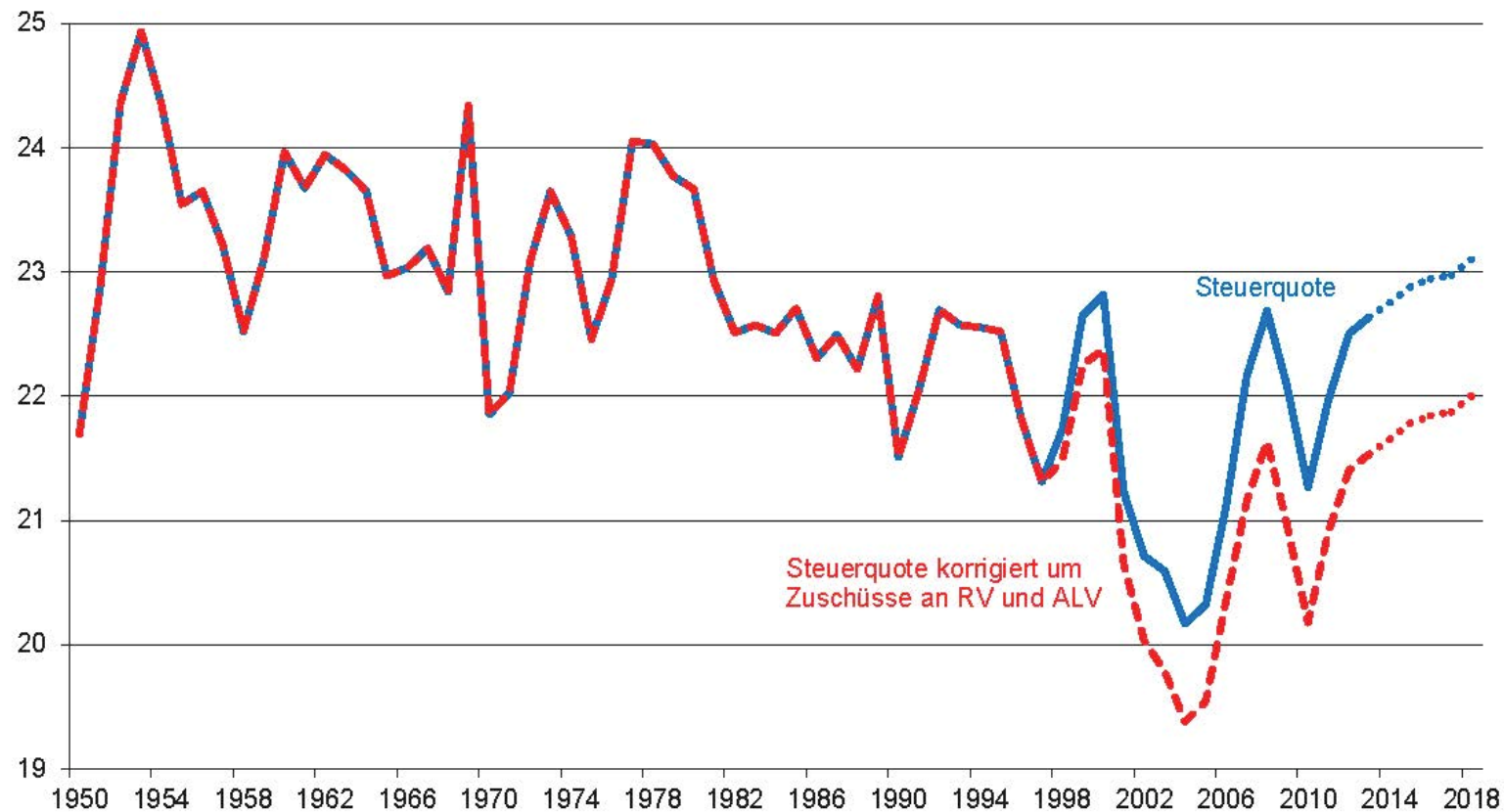
Ansatzpunkt		Steuerart
Arbeitseinkommen		➤ Spitzensteuersatz
Vermögen	Bestand	➤ Allgemeine Vermögensteuer ➤ Grundsteuer
	Wertzuwachs	➤ Steuer auf Wertzuwachs durch öffentl. Investitionen
	Übergang	➤ Erb- und Schenkungsteuer ➤ Grunderwerbsteuer ➤ Kapitalverkehrssteuer (FTT, Börsenumsatzsteuer)
Luxuskonsum		➤ Erhöhte Umsatzsteuer
		➤ Spezielle Verbrauchsteuer

Steuer- und Abgabensysteme

- Steuern und Abgaben sind gemeinsam zu betrachten
 - › In den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich geregelt, was über
 - Steuern,
 - Beiträge,
 - Gebühren oder
 - privat finanziert wird
 - › Bei Versorgungssystemen ist z.B. zu beachten, ob umlage- oder kapitalfinanzierte Systeme zum Einsatz kommen

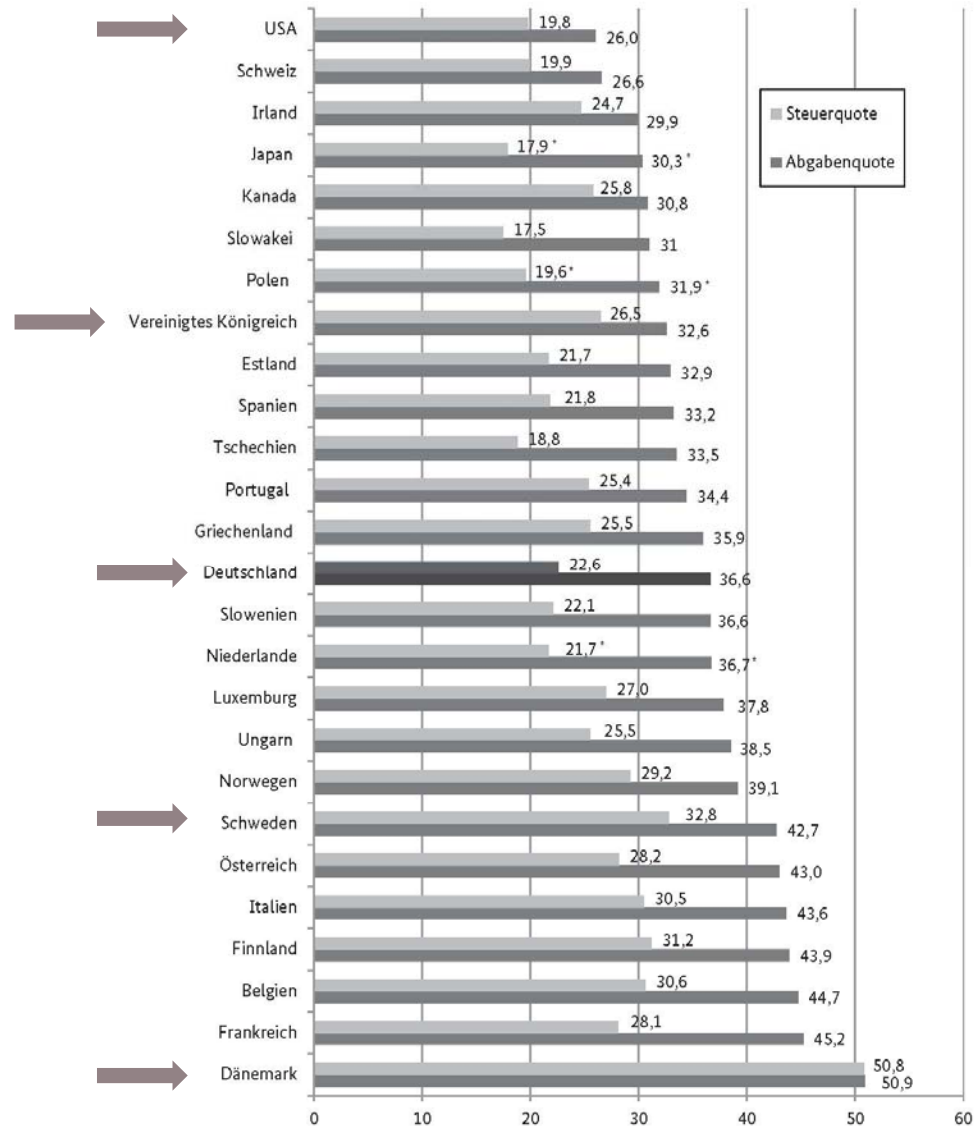
Steuerpolitik konkret: Steuerquote

Kassenmäßige Steuereinnahmen in Relation zum BIP (Steuerquote)
1950 bis 2018



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IMK, ab 2014: IMK-Steuerschätzung.

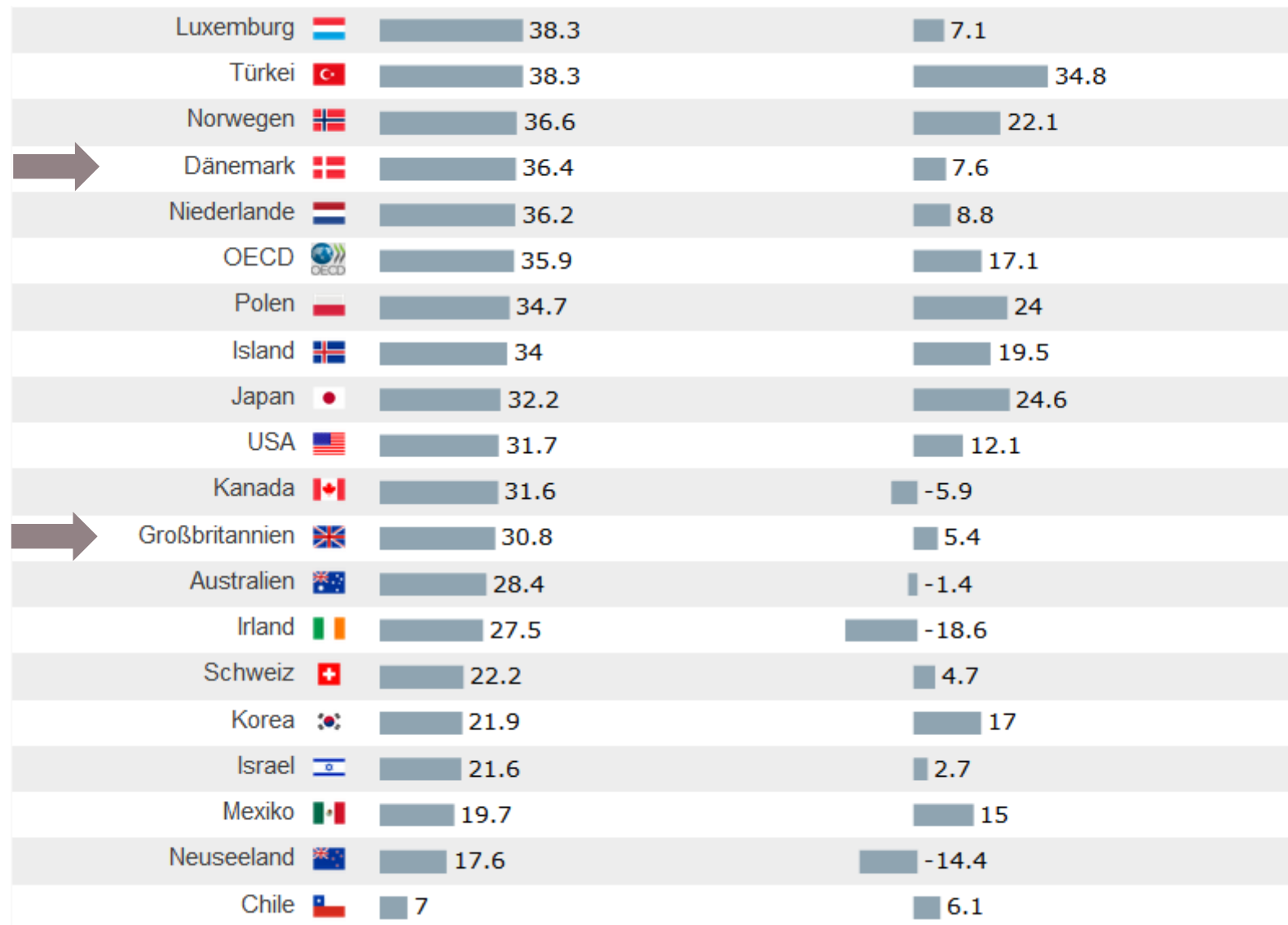
Steuer- und Abgabenquoten 2014 (BMF)



Abgaben auf Arbeitseinkommen (OECD 2014)

Land	Alleinstehender - 100% des DB, %, 2015	Alleinerziehend/2Kinder - 67% des DB, %, 2015
Belgien	55.3	35.8
Österreich	49.5	29.3
➔ Deutschland	49.4	30.8
Ungarn	49	27.2
Frankreich	48.5	35.9
Italien	47.9	25.4
Finnland	43.9	28.3
Tschechien	42.8	24.5
➔ Schweden	42.7	33.4
Slowenien	42.6	10.1
Portugal	42.1	25.2
Slowakei	41.3	27.2
Spanien	39.6	24.1
Griechenland	39.3	30.9
Estland	39	21.5
Luxemburg	38.3	7.1

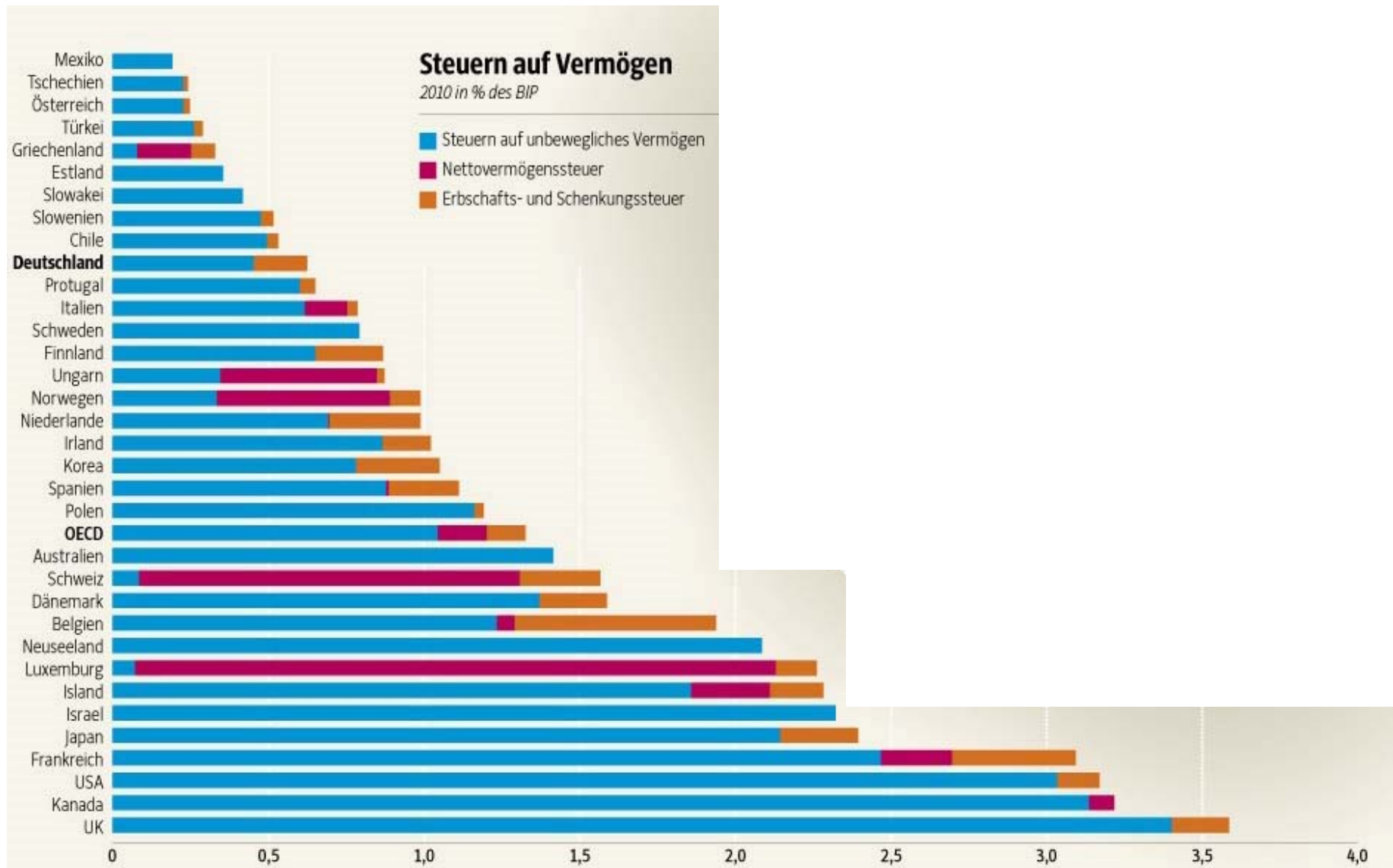
Abgaben auf Arbeitseinkommen (OECD 2014)



Steuern auf Kapitaleinkünfte (2012)

Land	Regulärer Einkommensteuerspitzenatz	Zinsen	Dividenden	Veräußerungsgewinne	Kapitaleinkünfte	Differenz
Belgien	53,7	15,0	50,5	0,0	21,8	-31,9
Dänemark	55,4	55,4	56,5	42,0	51,3	-4,1
Deutschland	47,5	26,4	48,3	26,4	33,7	-13,8
Irland	41,0	30,0	48,4	25,0	34,5	-6,5
Griechenland	49,0	10,0	45,0	49,0	34,7	-14,3
Spanien	52,0	27,0	48,9	21,0	32,3	-19,7
Frankreich	50,8	24,0	59,4	19,0	34,1	-16,7
Italien	47,3	20,0	47,7	12,5	26,7	-20,6
Luxemburg	42,1	10,0	43,5	21,0	24,8	-17,3
Niederlande	52,0	0,0	43,0	0,0	14,3	-37,7
Österreich	50,0	25,0	43,8	25,0	31,3	-18,7
Portugal	49,0	26,5	44,9	20,0	30,5	-18,5
Finnland	49,0	30,0	41,4	28,0	33,1	-15,9
Schweden	56,6	30,0	48,4	30,0	36,1	-20,5
Großbritannien	50,0	50,0	51,4	28,0	43,1	-6,9

Steuern auf Vermögen (OECD 2010)



Steuer- und Abgabensystem: Ziele (I)

- Auskömmlich
 - › Staatsquoten bis zu 50% (Dänemark) sind offensichtlich möglich
 - ohne Einschränkung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit
- Steuern durch Steuern
 - › Steuern sind gezielt zur Wirtschafts- und Gesellschaftslenkung einzusetzen
- Gerecht und Sozial
 - › Ausgleich zwischen Reich und Arm
 - › Geschlechtergerechtigkeit
 - › Generationengerechtigkeit
 - › Vermeidung von Steuerwettbewerb innerstaatlich & international

Steuer- und Abgabensystem: Ziele (II)

- Langfristige Finanzstabilität
 - › Diskussionspunkt: Schulden
- Ökonomisch und ökologisch nachhaltig
- Gleichmäßige Belastung von Arbeit, Kapital, Verbrauch
 - › Dezentral und subsidär
 - › Stärkung der kommunalen Ebene
 - › Weitgehender Finanzausgleich zur Gleichstellung
 - › Hohe Finanzautonomie auf jeder Ebene
- Keine neuen oder revolutionäre Vorschläge, sondern mehr oder weniger in Nachbarländern realisiert!

Vorschläge (I): Grundlegendes

- Ziele in die Verfassung:
Z.B. maximaler Gini-Koeffizient
(Unabhängig von gesellschaftlichen Nachteilen ist Ungleichverteilung auch wirtschaftlich schädlich, OECD)
- Staatsquote von 50%
 - › Notwendig für Sozialstaat und öffentliche Aufgaben
 - › Keine pauschalen Steuererhöhungen notwendig
 - › Erreichbar mit Schließung von Steuerschlupflöchern, Abbau von Privilegien
- Umverteilung
 - › durchgängige Steuerprogression (z.B. Kapitaleinkommen)
 - › Entlastung des Faktors Arbeit
- Steuerverwaltung
 - › Bundessteuerverwaltung für Großunternehmen
 - › Umlage der Kosten auf Bundesebene um Wettbewerb auszuschalten

Vorschläge (II): Einkommen & Vermögen

- Gleiche, progressiv wachsende Steuersätze für alle Einkommensarten (Arbeitseinkommen, Kapitaleinkommen)
- Umwandlung Ehegattensplitting in Grundeinkommen für Kinder
- Umwandlung Freibeträge in Steuerabzugsbeträge
- Reduzierung der Abgabenlast bei der Sozialversicherung für Niedrigeinkommen
- Wiedereinführung Vermögensbesteuerung
- Erbschaftsteuer: Abschaffung der Sonderregelungen für Unternehmensvermögen

Vorschläge (III): Unternehmensbesteuerung

- › Bekämpfung internationaler Steuerwettbewerb
- › Bekämpfung Steuervermeidung, Steueroasen
- › Schaffung bzw. Stärkung internationaler Steuerinstitutionen (Vergleichbar WTO)
- › Anhebung Unternehmensbesteuerung > 35%
- › Progressive Besteuerung (Ausgleich struktureller Vorteil von Großbetrieben)
- › Welteinkommensprinzip unter Anrechnung ausländischer Steuerbelastung
- › Durchgängige hohe Quellenbesteuerung mit Ausgleichsberechtigung
- › Abschaffung Personengesellschaften zur Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung

■ Finanzwirtschaft

- › Steuerfreiheit von Finanztransaktionen ist auf Grund der bisherigen Krisenerfahrungen nicht mehr gerechtfertigt
→ Einführung Finanztransaktionssteuer

■ Verbrauchssteuern

- › Höhere Verbrauchssteuern (insbesondere Ökosteuern) entlasten Umwelt und ermöglichen Entlastung Faktor Arbeit
- › Konsequente Besteuerung nach Verursacherprinzip bei Nutzung begrenzter Ressourcen und Umweltbelastung

■ International

- › Zur Begrenzung des Steuerwettlaufs der Nationalstaaten sind Besteuerungsgrundsätze in vergleichbarer Weise wie Handelsgrundsätze über eine internationale Organisation zu regeln (Beispiel: WTO)

Vorschläge (III): Statistik und Transparenz

- › Öffentliches Unternehmensregister
- › Vollständige öffentliche Einkommensstatistik
- › Vollständige öffentliche Vermögensstatistik
- › Abschaffung Steuergeheimnis
- › Datenabgleich von Konto- und Depotdaten für ausländische Staatsbürger
- › Für Unternehmen:
 - Länderbezogene Berichte für Unternehmen ab 40 Mio. Umsatz: Umsatz, Mitarbeiter, Investitionen, Gewinne, Steuerzahlungen
 - Offenlegung von Steuerabsprachen (tax rulings) zwischen Unternehmen und Steuerbehörden
 - Offenlegung Steuerstrategien

Vorschläge (IV): Strafen

- › Strafzahlungen bei / Verbot von Geschäftsverbindungen mit nichtkooperativen Staaten
- › Einführung Unternehmensstrafrecht
- › Verschärfung Strafrecht für Beteiligte bei illegalen Geschäftsbeziehungen
- › Verlängerung Verjährungsfrist
- › Veröffentlichung von Steuer-Urteilen und -Deals
- › Verstärkter Schutz für Whistleblower

